



BEKANNTMACHUNG

Planfeststellungsverfahren für die Verlegung der B 3 von nördlich Celle (B 3) bis nordöstlich Celle (B 191) von Bau-km 28+645 bis Bau-km 31+055 in den Gemarkungen Celle, Altenhagen und Groß Hehlen mit trassenfernen Kompensationsmaßnahmen in den Gemarkungen Hustedt und Scheuen (OU Celle – Nordteil –); hier: Änderung bzw. Ergänzung und Aktualisierung der Planunterlagen

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV), Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, führt auf Antrag der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr – Regionaler Geschäftsbereich Verden, Bgm.-Münchmeyer-Straße 10, 27283 Verden (Vorhabenträgerin) vom 23.09.2016 für das o. a. Vorhaben ein Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 17a ff. Bundesfernstraßengesetz (FStrG), in der Fassung vom 28.06.2007, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409), in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung vom 25.06.2021 (BGBl. I S. 102) durch. Die bei Einleitung des Verfahrens vorliegenden Planungen haben bereits vom 09.11.2016 bis einschließlich 08.12.2016 in der Stadt Celle ausgelegen.

Die ursprüngliche Planung wurde aufgrund der im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgetragenen Äußerungen sowie im Hinblick auf aktuelle Regelwerke und veränderte planungsrechtliche Anforderungen überarbeitet, aktualisiert und zum Teil geändert. Die hiernach von der Vorhabenträgerin in das Verfahren eingebrachten

Planänderungen der 1. Deckblattänderung betreffen im Wesentlichen folgende Aspekte:

- Überplanung der Brückenbauwerke (u.a. Anpassung der lichten Weiten und Irritationsschutzwände):
 - Bauwerke CE 23, 24 a-c, 25 Vergrößerung der lichten Weite; bei Bauwerken 24a und 24 c beidseitige Irritationsschutzwand vorgesehen
 - Bauwerk 26: vergrößerte lichte Weite und angepasste Irritationsschutzwandhöhe
- Überarbeitung der Entwässerung
- Aktualisierung und Ergänzung der umweltfachlichen Untersuchungen, insb.
 - Änderung und Ergänzung bzw. Aktualisierung der Bewertung der Erheblich- und Ausgleichbarkeit der Beeinträchtigungen verschiedener Schutzgüter auf Grundlage aktualisierter Daten
 - Erstmalige Einreichung eines Fachbeitrages WRRL
 - Einreichung eines neuen Tausalzgutachtens
 - Änderung der Landschaftspflegerischen Maßnahmen auch im Zusammenhang der geänderten Kreuzungsbauwerke
- Aktualisierung und Fortschreibung der Verkehrsuntersuchung unter Einbeziehung der Straßenverkehrszählung 2015 und Verkehrsprognose 2030
- Anpassung der schalltechnischen Untersuchungen
- Aktualisierung der Flächennutzungen, Bestand und Kataster
- Aktualisierung und Anpassung des Grunderwerbsverzeichnisses
- Überarbeitung und Anpassung des Erläuterungsberichtes mit allgemein verständlicher nicht technischer Zusammenfassung im Sinne des § 6 Abs. 3 Nr. 2 UVPG a.F.

Einzelheiten sind aus den geänderten Planunterlagen ersichtlich. Ergänzte und geänderte Textstellen und Werte sind in den Unterlagen zur 1. Deckblattänderung in grau hinterlegt. Die alten, nicht mehr gültigen Textstellen und Werte sind durchgestrichen und somit weiterhin ersichtlich.

Für das Vorhaben besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG). Für die Umweltverträglichkeitsprüfung ist nach § 74 Abs. 2 Ziff. 2 UVPG das UVPG in der vor dem 16. Mai 2017 geltenden Fassung (UVPG a.F.) anzuwenden. Für die Durchführung einzelner in sich abgeschlossener formeller Verfahrensschritte der Umweltverträglichkeitsprüfung wird das zum Zeitpunkt der Vornahme dieser Verfahrenshandlung geltende Recht angewendet. Die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ergibt sich aus § 2, § 3 Abs. 1 Satz 1, § 3a Abs. 1, 3c UVPG a.F. i.V.m. Ziffer 14.6 Anlage 1 UVPG a.F.

Die Vorhabenträgerin hat die folgenden umweltfachlichen Untersuchungen – bestehend aus: Bestandsbeschreibung Umwelt, Natur und Landschaft (Unterlage 19.1), Landschaftspflegerischer Begleitplan / Eingriffsregelung (Unterlage 19.2), Artenschutzbeitrag (Unterlage 19.3), Auswirkungen auf die weiteren Schutzgüter nach UVPG (Unterlage 19.4), Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie (Unterlage 19.5), und Tausalzgutachten (Unterlage 19.5.1) – überarbeitet bzw. neu aufgestellt und vorgelegt. Eine allgemein verständliche, nichttechnische Zusammenfassung der Unterlagen über die Umweltauswirkungen ist in den Kapiteln 5 und 6 des Erläuterungsberichts (Unterlage 1) enthalten.

Die hier bekanntgemachte Auslegung betrifft die nunmehr geänderten Planunterlagen und beschränkt sich auf diese einschließlich der der Planung zu Grunde liegenden überarbeiteten und neu aufgestellten umweltfachlichen Untersuchungen. Ursprünglich erhobene Einwendungen und abgegebene Stellungnahmen werden im Verfahren weiterhin berücksichtigt, sofern sie nicht zurückgenommen worden sind oder anders Erledigung gefunden haben.

Die vorliegenden geänderten Planunterlagen enthalten die folgenden wesentlichen entscheidungserheblichen Unterlagen einschließlich der Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 19 Abs. 2 und 3 UVPG:

- Erläuterungsbericht mit Angaben zu den wesentlichen Umweltwirkungen des Vorhabens und allgemein verständlicher Zusammenfassung nach § 6 Abs. 3 UVPG a. F. (Unterlage 1)
- Übersichtskarte (Unterlage 2)
- Übersichtslageplan (Unterlage 3)
- Übersichtshöhenplan (Unterlage 4)
- Lageplan (Unterlage 5)
- Höhenplan (Unterlage 6)
- Lagepläne der Immissionsschutzmaßnahmen (Unterlage 7)
- Lagepläne der Entwässerungsmaßnahmen einschließlich Zusammenstellung der Einleitung in oberirdische Gewässer bzw. in das Grundwasser (Unterlage 8)
- Maßnahmenübersichtsplan, Maßnahmenplan und Maßnahmenverzeichnis / Maßnahmenblätter (Unterlage 9)
- Grunderwerbspläne und anonymisiertes Grunderwerbsverzeichnis (Unterlage 10)
- Regelungsverzeichnis (Unterlage 11)
- Konzept Widmung, Umstufung, Einziehung (Unterlage 12)
- Straßenquerschnitte (Unterlage 14)
- Machbarkeitsstudie, Lageplan, Längs- und Querschnitt Bauwerk BW Ce 24 a/b (Unterlage 15)
- Immissionstechnische Untersuchungen (Unterlage 17)
- Wassertechnische Untersuchungen (Unterlage 18)
- Umweltfachliche Untersuchungen einschließlich Bestandsbeschreibung Umwelt, Natur und Landschaft, Erläuterungstext und Karten (Unterlage 19.1), Landschaftspflegerischer Begleitplan / Eingriffsregelung - Erläuterungstext und Bestands- und Konfliktplan (Unterlage 19.2), Artenschutzbeitrag (Unterlage 19.3), Auswirkungen auf die weiteren Schutzgüter nach UVPG (Unterlage 19.4), Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie (Unterlage 19.5), Tausalzgutachten (Unterlage 19.5.1)
- Bodenuntersuchungen (Unterlage 20)
- Verkehrsuntersuchung (Unterlage 21.1)

Die o. g. Planunterlagen werden in der Zeit vom

16.01.2026 bis zum 15.02.2026 (einschließlich)

auf der Internetseite der NLStBV

<https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>

(Alternativ über <https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/> und dort unter der Rubrik Aufgaben > Planfeststellung > Auslegungen / Online-Konsultationen)

unter dem Titel „Verlegung der B 3 von nördlich bis nordöstlich Celle (Ortsumgehung Celle, Nordteil)“ elektronisch veröffentlicht. Durch diese Veröffentlichung wird nach § 17a Abs. 3 Satz 1 FStrG die Auslegung des Plans und der Unterlagen nach § 19 Abs. 2 UVPG bewirkt.

Daneben kann der Plan während der Beteiligung auf Verlangen eines Beteiligten auf einem USB-Stick übermittelt werden (§ 17a Abs. 3 Satz 2 FStrG). Der Antrag wäre während der Dauer der Beteiligung schriftlich an die NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover oder per E-Mail (poststelle@nlstbv.niedersachsen.de) unter Angabe der vollständigen Kontaktdaten zu richten. Die unten genannte Äußerungsfrist verlängert sich dadurch nicht.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung und der nach § 19 Abs. 2 UVPG auszulegenden Unterlagen ist zusätzlich auch über das zentrale Internetportal der Bundesländer (§ 20 UVPG) unter (<https://www.uvp-verbund.de/>) zugänglich.

1. Jede Person, deren Belange durch den geänderten Plan berührt werden, kann sich zu der Planung bis **einschließlich zum 16.03.2026** äußern. Maßgeblich ist der Eingang bei der Anhörungsbehörde.

Die Einwendungen sind gemäß § 17a Abs. 4 und 7 FStrG über einen der folgenden Wege an die NLStBV (Anhörungsbehörde) zu richten:

- Elektronisch per Onlineformular auf der Internetseite der NLStBV unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>, wo auch die Planunterlagen eingesehen werden können oder
- Schriftlich (eigenhändig unterschrieben) an die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover. Es wird darauf hingewiesen, dass keine Eingangsbestätigung erfolgt.

Die Einwendungen müssen den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen. Sie müssen Namen und eine vollständige, zustellungsfähige Anschrift der Einwendenden enthalten.

Anerkannte Vereinigungen nach § 3 des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes (UmwRG) erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem geänderten Plan zu Grunde liegenden (einschlägigen) Sachverständigengutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Zulässige Einwendungen werden auf die Planänderungen sowie die aktualisiert sowie neu aufgestellten dem geänderten Plan zu Grunde gelegten umweltfachlichen Untersuchungen beschränkt.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind Einwendungen im Planfeststellungsverfahren ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (§ 73 Abs. 4 Satz 3 VwVfG). Entsprechendes gilt für Stellungnahmen von Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der

Verwaltungsgerichtsordnung gegen den Planfeststellungsbeschluss einzulegen (§ 73 Abs. 4 Satz 3, 6 VwVfG).

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftslisten bzw. gleich lautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

Anträge, die sich auf die Benutzung von Gewässern richten und sich mit einer der für die Durchführung des Vorhabens beantragten Gewässerbenutzungen ausschließen, werden nach Ablauf der vorgenannten, für Einwendungen bestimmten Frist nicht berücksichtigt (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c i.V.m. § 4 Satz 2 Niedersächsisches Wassergesetzes - NWG).

Einwendungen wegen nachteiliger Einwirkungen der mit dem Vorhaben verbundenen Gewässerbenutzungen auf Rechte Dritter können später nur geltend gemacht werden, soweit der Betroffene nachteilige Wirkungen bis zum Ablauf der vorgenannten Frist nicht voraussehen konnte (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG i.V.m. § 14 Abs. 6 Wasserhaushaltsgesetz - WHG).

Vertragliche Ansprüche werden durch eine Bewilligung zur Gewässerbenutzung nicht ausgeschlossen (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG in Verbindung mit § 16 Abs. 3 WHG).

2. Von der Erörterung einer Änderung eines ausgelegten Plans und der hierauf erhobenen Äußerungen kann abgesehen werden (§ 17a Satz 1 Nr. 2 FStrG).

Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 S. 4 VwVfG). In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

3. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

4. Entschädigungsansprüche werden, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt (vgl. § 19, § 19a FStrG).

5. Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die NLStBV (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) kann durch Veröffentlichung auf der Internetseite der NLStBV unter <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> (§ 17b Abs. 3 Satz 1 und 2, § 24 Abs. 16 FStrG i.V.m. § 74 Abs. 4 und 5 VwVfG, § 27 Abs. 1 Satz 1 UVPg) bewirkt werden. In diesem Fall wird u. a. der verfügende Teil des Planfeststellungsbeschlusses zusätzlich in örtlichen Tageszeitungen bekanntgemacht.

6. Vom Beginn der Veröffentlichung des geänderten Plans treten die Beschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG neu für erstmalig von der Planung betroffene Flächen in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan neu betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG). Flächen, die von der geänderten Planung gegenüber der Ausgangsplanung nicht mehr betroffen sind, sind nicht mehr von der Veränderungssperre umfasst. Im Übrigen gilt die Veränderungssperre, die durch die erste Auslegung in Kraft gesetzt wurde, fort.

7. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen, dass

- die für das Verfahren zuständige Behörde und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die NLStBV, Dezernat 41 Planfeststellung ist,
- über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
- mit den ausgelegten Planunterlagen ein UVP-Bericht nach § 16 UVPG vorgelegt wurde,
- über die Planunterlagen hinaus keine entscheidungserheblichen Berichte und Empfehlungen der Behörde vorliegen bzw. die ausgelegten Planunterlagen die nach § 19 Abs. 2 UVPG notwendigen Angaben enthalten und
- die Anhörung zu den veröffentlichten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 18 UVPG ist.

8. Es wird darauf hingewiesen, dass die Vorhabenträgerin nach § 17 Abs. 2 FStrG die Möglichkeit hat, eine vorläufige Anordnung zu beantragen, in der vorbereitende Maßnahmen oder Teilmaßnahmen zum Bau oder zur Änderung festgesetzt werden.

9. Hinweis zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO):

Aufgrund der seit dem 25.05.2018 anwendbaren DSGVO wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit in dem o. g. Planfeststellungsverfahren die erhobenen Einwendungen und darin mitgeteilten personenbezogenen Daten ausschließlich für das Planfeststellungsverfahren von der Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover) erhoben, gespeichert und verarbeitet werden. Die persönlichen Daten werden benötigt, um die Betroffenheit beurteilen zu können. Sie werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Daten können an die Vorhabenträgerin und ihre mitarbeitenden Büros zur Auswertung der Äußerungen weitergegeben werden. Insoweit handelt es sich um eine erforderliche und somit rechtmäßige Verarbeitung aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung gemäß Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 c) DSGVO. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie auf unserer Internetseite <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>. Es wird darauf hingewiesen, dass die Kommunikation per einfacher E-Mail nicht gesichert und daher für die Übermittlung sensibler Daten (insbesondere personenbezogene Daten nach Artikel 9 Abs. 1 DSGVO) nicht geeignet ist. Für die Übermittlung sensibler personenbezogener Daten steht der Postweg zur Verfügung.

Hannover, 09.01.2026

Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Dezernat 41 Planfeststellung (Az.: 3327.31027-10/16-B 3)
Im Auftrage
gez. Plesse